



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Nr. 26 / 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Kiel, Mittwoch, 23. Januar 2013

Finanzen / Haushaltsentwurf 2013

Dr. Heiner Garg: Was die Landesregierung schlecht vorgelegt hat, haben die Koalitionsfraktionen noch verschlechtert

In seiner Rede zu TOP 3 und 28 (Zweite Lesung der Gesetzentwürfe zum Haushalt 2013 sowie Bericht zum Strukturellen Abbaupfad bis 2020) erklärt der finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Dieser Haushalt ist ein Dokument der Mutlosigkeit, des Scheiterns und des finanzpolitischen Versagens Ihrer Koalition bereits im ersten Regierungsjahr, Herr Albig.

Es ist insbesondere auch Ihr ganz persönliches Versagen, Frau Finanzministerin.

Der wahre Finanzminister dieser Koalition heißt Ralf Stegner und Sie, Frau Heinold, dürfen gerade noch die Schecks der sozialdemokratischen Ausgabenpolitik abzeichnen.

Wir sind bei unseren Konsolidierungsanstrengungen schon ganz schön weit gekommen. Dank des guten Krisenmanagements der schwarz-gelben Bundesregierung - mit (unerwarteten) Steuermehreinnahmen - und den schmerzhaften Sparanstrengungen, haben wir erstmals seit 40 Jahren die Chance, das abgelaufene Haushaltsjahr mit einer schwarzen Null abzuschließen zu können.

Allerdings haben wir damit das Ziel, das strukturelle Finanzierungsdefizit abzubauen, noch lange nicht erreicht. Statt den von FDP und CDU eingeschlagenen Weg weiter zu gehen und mit weiteren notwendigen Maßnahmen zu hinterlegen, verlassen Sie diesen Weg und erhöhen die Ausgaben.

Sie haben absolut keine Vorstellung, wie Sie den Weg der Haushaltskonsolidierung weiter gehen sollen. Das bestätigen Sie mit Ihrem Bericht zum strukturellen Abbaupfad bis 2020, (den wir hier heute mit beraten) ein-

drucksvoll. Dieser Bericht ist ein Dokument der Hilflosigkeit, der Ideenlosigkeit und der Verantwortungslosigkeit. Antworten darauf, wie Sie den ‚auszufüllenden Handlungsbedarf‘, die notwendigen Einsparungen bis zum Jahr 2016 erreichen wollen, geben Sie nicht. Stattdessen erhöhen Sie munter die Ausgaben.

Weitere Ausgabensteigerungen müssen gegenfinanziert werden. Der Verweis, dass die SPD im Herbst im unwahrscheinlichen Falle eines Wahlsieges die Steuern erhöhen werde, ist rein hypothetisch und gerade keine Gegenfinanzierung.

Sie schließen ganz offensichtlich die Augen vor der Realität. Besonders originell kommt der Vorwurf daher, die Landesregierung von FDP und CDU habe das Land kaputt gespart. Wenn das zuträfe, dann muss ja wohl im Umkehrschluss rot-grün das Land gesund verschuldet haben. Die Vorgängerregierung hat das Land nicht kaputt gespart, sie hat das Land auf den Weg der politischen Handlungsfähigkeit zurückgeführt.

Dass seriöse und solide Haushaltspolitik aber kein Steckpferd dieser Koalition ist, hat der Ministerpräsident bereits in seinem vorherigen Amt als Kieler Oberbürgermeister bewiesen. Der Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes des Bundes und der Kommunen vom Frühjahr 2012 hat im Kieler Haushalt einige Löcher gerissen.

Sie, Herr Albig, haben etwas geschafft, das keiner Ihrer Vorgänger im Amt hinbekommen hat: Sie haben sage und schreibe Null Vorsorge für Tarifierhöhungen getroffen. Inkompetent und unsolid waren nur einige zutreffende Attribute für den von Ihnen zu verantwortenden Haushalt.

Fehler zu machen, ist nicht schlimm, sie zu wiederholen schon.

Lassen Sie mich auf ihre „sozial ausgewogene“ Tarifpolitik zurückkommen. Sie sprechen bei Sonntagsreden und in Fernsehauftritten gerne von dem Satz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“ Das ist richtig, das finden wir auch. Die Vorgängerregierung hat dazu auch einen Antrag verabschiedet. Drucksache 17/1324 - wer es nachlesen möchte. Aber wer in der freien Wirtschaft gleichen Lohn für gleiche Arbeit fordert, der darf anschließend den Beamten nicht schlechter bezahlen als seinen - ihm gegenüber sitzenden - Angestelltenkollegen. Wer Gleichstellung fordert, muss sie zu aller erst selbst erfüllen. Ansonsten macht er sich unglaubwürdig.

Die FDP hat in der ersten Lesung mehrere gravierende Risiken des Haushaltsentwurfs 2013 aufgezeigt. Kaum eines davon wurde beseitigt.

Die kritische Lage der HSH Nordbank muss langsam wohl jedem hier im Hause bewusst geworden sein. Der ursprüngliche Schaden, die hohen Kreditengagements der Bank, stammen aus den Jahren vor 2008. In diesen Jahren, waren Sie, Herr Dr. Stegner, Mitglied des Aufsichtsrates.

Und das letzte große Risiko, auf das ich Sie hier hinweisen möchte, ist der Bereich der Eingliederungshilfe. Der Landesrechnungshof beschreibt dies sehr eindrücklich in seiner Stellungnahme zum Haushaltsentwurf. Er befürchtet, dass die Ausgaben für die Eingliederungshilfe um zehn Millionen Euro zu niedrig angesetzt sein könnten, da die Fallzahlen und die Kosten steigen. Das Moratorium, das die Kosten zumindest im Rahmen hielt, ist ausgelaufen und wurde nicht verlängert. Ich sehe hier – wie der Landes-

rechnungshof – eine ziemlich große Finanzierungslücke auf den Haushalt zukommen.

Was die Regierung schlecht vorgelegt hat, haben die Regierungsfractionen noch mal verschlechtert. Statt mutig voranzugehen und die Handlungsfähigkeit sicherzustellen, wurde lieber bequem hier und da noch was oben drauf gepackt. Nach Ihren Twitter-Meldungen, Herr Andresen, haben Sie für diese Haushaltsänderungen 14 Stunden benötigt? Was haben Sie denn so lange getan? Die SPD von weiteren Ausgabenwünschen abgehalten? Für einen solchen Änderungsantrag 14 Stunden zu verhandeln, offenbart ihr haushaltspolitisches Dilemma.

Herr Andresen, wo wir gerade bei Ihnen sind, Ihr politischer Hilferuf vom 29. Dezember letzten Jahres zeigt offensichtlich, dass zu Mehrausgaben, so wie Sie sie heute beschließen wollen, doch gar keine Luft ist. Wer davon schreibt, das Land stehe vor dem „finanzpolitischen GAU“, zugleich aber seine Hand für strukturelle Mehrausgaben hebt, der beweist, dass er politische Verantwortung weder tragen kann, noch tragen will.

Statt Steuererhöhungen anzustreben, sollten Sie lieber die strukturelle Schwäche des Landes angehen und alles unternehmen, damit das Wirtschaftswachstum im Land steigt. Man kann nicht Investoren ins Land locken, indem man für eine halbe Million Euro Anzeigen schaltet und Hochglanzbroschüren druckt, sondern indem man die Rahmenbedingungen verbessert. Sie liefern bislang das genaue Gegenteil ab. Ihr sogenanntes Vergabegesetz ist übelster bürokratischer Unsinn, überfrachteter Pusch. Ideologie statt Investitionen! Das ist Ihre politische Grundlage.

Sie setzen keine nachhaltigen Akzente. Sie stecken lediglich vereinzelt verschiedenen Gruppen Geld zu. Ihnen fehlt jede Idee, wie man die Wirtschaft in unserem Land voranbringen kann. Sie streichen Ihrem Verkehrsminister sieben Millionen Euro für die Landesstraßen, um dann – aus der Not heraus – die Einrichtung eines Schlaglochregisters als Erfolg zu feiern.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zu Ihrem Änderungsantrag sagen.

Nun mag es ja bei der SPD der gute Brauch sein und von gutem Benehmen zeugen, wenn man einem verdienten Genossen einen Gefallen erweist. Aber nicht mit Steuergeldern! Mit dem Heydemann-Projekt ‚Bio-Informanta‘ wollen Sie ein Projekt nach Schleswig-Holstein holen, das gerade einmal 30 Kilometer süd-östlich – Luftlinie etwas mehr als 20km – in Mecklenburg-Vorpommern gescheitert ist. Ein Projekt, das zu Beginn zwar hoch gelobt wurde, jedoch über die Jahre weder die Erwartung an Zuschauerzahlen, noch die Erwartungen an wissenschaftlichen Erkenntnissen und Patenten im Bereich der Bionik erfüllen konnte. Das Land Mecklenburg-Vorpommern investierte zehn Jahre lang (zwischen 1998 und 2008) knapp 6,9 Millionen Euro in dieses Projekt, das sich dennoch zu keinem Zeitpunkt selber tragen konnte. Nun sagen Sie zwar, dass Sie zuerst eine Machbarkeitsstudie in Höhe von 130.000 Euro machen wollen, können aber einem Sperrvermerk, wie ihn die CDU als Kompromiss vorgeschlagen hat, nicht zustimmen. Jetzt stehen 380.000 Euro im Haushalt im Titel „Exzellenz- und Strukturbudget“. Einem Titel, der für die Schwerpunktsetzung der Landesregierung gedacht ist, wie man den Antworten auf die Fragen zum Haushalt entnehmen konnte. Eine „lästige“ Befassung in den Ausschüssen ist für dieses Projekt nun nicht mehr notwendig.“